11 / 2013 www.SBL2013.de 13.09.13
infoservice

Vertraut.
www.SBL2013.de
Sabine

Sabines Klartext

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkämpfer !

Nun läuft der Countdown und wir spüren:

"Da geht noch was"!

Die Wahlarena war ein deutlicher Sieg für Steinbrück und die Resonanz vor Ort gibt uns auch immer mehr Rückenwind!
Lasst uns die letzten 9 Tage noch gemeinsam weiter kämpfen!
Freu mich, viele von euch an den Infoständen zu sehen oder bei den Terminen vor Ort!!
Am Montag, 16.9., 19.30 Uhr findet im Heimathaus Neuwied unsere letzte große Wahlkampfveranstaltung mit Reiner Meutsch statt!
Wäre super, wenn das Heimathaus aus den Nähten platzt :))
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

www.twitter.com/Sabine_Baetzing
www.facebook.com/SBL.SPD

Topthema

Regierungskommission warnt vor hohen Vorstandsgehältern!

Es wäre gut und richtig, wenn der Bundesrat am 20. September 2013 die Aktienrechtsnovelle (VorstKoG) stoppen würde. Die Entscheidung über die Vorstandsgehälter muss beim Aufsichtsrat bleiben. Das ist sachgerecht und schafft die besseren Entscheidungen. Das sagen nicht nur die Sozialdemokraten, viele Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften, sondern auch die Regierungskommission, die noch im Mai Empfehlungen abgegeben hat, wie die Arbeit des Aufsichtsrates in diesem Bereich transparenter und effektiver gemacht werden kann, die jedoch von Schwarz-Gelb ignoriert worden sind.
Die Regierungskommission zur Corporate Governance ruft nun den Bundesrat dazu auf, die schwarz-gelbe Aktienrechtsnovelle zu Fall zu bringen. Mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex sollen die in Deutschland geltenden Regeln für Unternehmensleitung und –überwachung für nationale wie internationale Investoren transparent gemacht werden, um so das Vertrauen in die Unternehmensführung deutscher Gesellschaften zu stärken. Der Kodex adressiert alle wesentlichen – vor allem internationalen - Kritikpunkte an der deutschen Unternehmensverfassung, nämlich mangelhafte Ausrichtung auf Aktionärsinteressen; die duale Unternehmensverfassung mit Vorstand und Aufsichtsrat; mangelnde Transparenz deutscher Unternehmensführung; mangelnde Unabhängigkeit deutscher Aufsichtsräte und eingeschränkte Unabhängigkeit der Abschlussprüfer.

Der scheidende und der neue Kommissionsvorsitzende verbinden dies mit einer ausdrücklichen Warnung vor der in dieser Novelle geregelten Übertragung der Letztentscheidung über die Vergütungssysteme von Vorstandsmitgliedern auf die Hauptversammlung der Aktionäre:
Damit würden die exorbitant hohen Gehälter von Vorständen nicht verhindert; die schwarz-gelbe Regelung sei eine „dem Wahlkampf geschuldete Reaktion auf die Schweizer Abzockerinitiative“.

Dieser Vorgang ist eine Ohrfeige für die Kanzlerin und ihre Koalition. Die Regierungskommission macht sich – zu Recht – große Sorgen, dass mit der Aktienrechtsnovelle falsche Weichen gestellt werden. Sonst hätte sie nicht mitten im Wahlkampf so gegen die Regierung opponiert. Herr Müller und Herr Gentz sind mit Sicherheit keine Parteigänger der Opposition.

Familie

Betreuungsgeld – Unsinnig und eine Mogelpackung!

Jeder fünfte Antrag auf Betreuungsgeld wird abgelehnt. Dies liegt an der Stichtagsregelung, die die schwarz-gelbe Koalition in das Betreuungsgeldgesetz eingearbeitet hatte. Denn Eltern von Kindern, die vor dem 1. August 2012 geboren wurden, gehen leer aus. Damit ist das Gesetz eine Mogelpackung.
Wenn die zuständige Bundesfamilienministerin dieses Gesetz jetzt als Erfolg zu verkaufen versucht, ist dies einfach nur lächerlich. Mitnichten schafft die Regierungskoalition, wie sie immer wieder betont hat, durch das Gesetz Wahlfreiheit.
Viele Familien werden vor den Kopf gestoßen, weil ihre Kinder zu alt sind und weder das Betreuungsgeld erhalten noch einen Betreuungsplatz haben. Wir halten weiterhin an unserem Kurs fest, statt eines Betreuungsgeldes mehr in den Ausbau der frühkindlichen Bildung zu investieren und so echte Wahlfreiheit zu erreichen.

Entwicklungsministerium

Dirk Niebel – Vetternwirtschaft nach FDP-Art!

Das Gutachten des Bundesrechnungshofs über die Engagement Global gGmbH ist eine haarsträubende Anklageschrift gegen die Führungsspitze - namentlich Frau Büssemaker, die laut Prüfbericht nicht nur überbezahlt, sondern offensichtlich auch völlig überfordert ist. Das, was wir dort über fragwürdige Stellenbesetzungen, tarifwidrig verkürzte Stufenaufstiege und Verstöße sowohl gegen den

Grundsatz des Besserstellungsverbots als auch der Bestenauslese lesen müssen, ist nicht nur ein Abbild der Vetternwirtschaft im Ministerium selber – wo bekanntlich ähnliche Zustände herrschen -, es ist auch die Folge der Personalpolitik von Minister Niebel, der das Parteibuch als erstes Einstellungskriterium ausgegeben hat.
Er hat damals seine Parteifreundin Büssemaker durch ein äußerst zweifelhaftes Auswahlverfahren geboxt und damit eine Person auf den Chefposten der Engagement Global gehievt, die weder über entwicklungspolitische noch über nennenswerte Erfahrung in der Leitung einer Behörde verfügte.

Nun steht der Minister, der Frau Büssemaker allem Anschein nach hat schalten und walten lassen und seiner Kontrollaufgabe nicht nachgekommen ist, vor dem Trümmerhaufen seiner Personalentscheidung.
Der Bundesrechnungshof hat mit deutlichen Worten eine sorgfältigere Kontrolle durch das Ministerium angemahnt und Niebel eine lange Liste von Missständen bei der Engagement Global aufgegeben, die dringend korrigiert werden müssen.

Wegen der großen Anzahl der festgestellten Versäumnisse fordert der Rechnungshof einen vorläufigen Einstellungsstopp und zu recht einen Masterplan, wie und in welchem Zeitrahmen die Aufarbeitung erfolgen soll. Dass dafür der überforderten Engagement Global vom Rechnungshof schon vorab eindringlich die Inanspruchnahme von Unterstützung durch das Bundesverwaltungsamt oder das Bundesamt für zentrale Dienste nahegelegt wird, ist für eine bundeseigene Gesellschaft, die im Auftrag eines Ministeriums tätig ist, wohl ein einmaliger Vorgang.

Die Vorwürfe sind gravierend, sie reichen von Misswirtschaft durch zahlreiche Falscheingruppierungen aufgrund von Unkenntnis der Eingruppierungsregelungen des Bundes über massenhaft fehlende Tätigkeitsbeschreibungen bis hin zu eindeutig rechtswidrigem, mit einem hohen Prozessrisiko einhergehendem, Vorgehen bei Stellenbesetzungen.

Der Verdacht liegt nahe, dass hier ebenso wie im Ministerium Vetternwirtschaft zugunsten von FDP-Parteifreunden betrieben wurde. Wie Niebel und seine Parteifreunde sich den Staat zur Beute für die FDP gemacht haben, ist einfach nur widerlich.

WIR WOLLEN SELBSTBESTIMMUNG UND TEILHABE BIS INS HOHE ALTER ERMÖGLICHEN. DESHALB VERBESSERN WIR DIE PFLEGE UND UNTERSTÜTZEN PFLEGENDE ANGEHÖRIGE. PFLEGE MUSS BEZAHLBAR SEIN UND BESSER BEZAHLT WERDEN.

WAS WIR WOLLEN

- **Bessere Pflege:** Passgenaue Leistungen und Unterstützung im Alltag, damit mehr Pflegebedürftige länger zu Hause alt werden können.
- **Angehörige unterstützen:** Durch eine bezahlte Pflegezeit mit Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr. Sowie bessere Beratung und Unterstützung vor Ort.
- **Gute Arbeit in Gesundheit und Pflege.** Wir sorgen für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung.

MANCHE BEHAUPTEN...

... gute Pflege kann die Gesellschaft nicht mehr bezahlen, darum solle sich jeder allein kümmern. **Das ist falsch!** Nur ein solidarisches System garantiert gute Pflege für alle, die sie brauchen. Nur die Pflege-Bürgerversichrung garantiert gute und bezahlbare Pflege für alle und schafft Arbeitsplätze.

KONKRET HEIßT DAS...

... wir werden mit der Bürgerversicherung 5-6 Mrd. Euro im Jahr mehr in die Pflege investieren. Damit schaffen wir **125.000 neue, gut bezahlte Stellen.** Das bringt mehr Zeit für Zuwendung und entlastet Angehörige.

- Mit einer Bürgerversicherung machen wir die Finanzierung der Pflegeversicherung gerechter und verlässlicher.
- Eine Zwei-Klassen-Pflege, wie die Merkel-Regierung sie mit der privaten Zusatzpflege „Pflege-Bahr" will, lehnen wir ab. Hier wird mit Steuergeldern eine Mogelpackung gefördert, an der nur die Versicherungskonzerne verdienen.
- Pflege ist mehr als Pflegeversicherung: Wir wollen daher in Prävention, altersgerechtes Wohnen und haushaltsnahe Dienstleistungen investieren. Damit die Menschen länger zu Hause leben können.

PFLEGEBEDARF **WIRD ANSTEIGEN**

Quelle: www.bertelsmann-stiftung.de

In eigener Sache

Reiner Meutsch – Tolle Multivisionsschau in Neuwied!
Am Montag, den 16. September um 19.30 Uhr (Einlass ab 18.30 Uhr) zeigt Reiner Meutsch im Heimathaus Neuwied seine phantastische Multivisionsschau. Er hat 77 Länder und 5 Kontinente mit seinem Flugzeug besucht und inzwischen viele soziale Projekte ermöglicht. Lasst Euch diese spektakuläre Show nicht entgehen. Der Eintritt ist frei!! Meldet Euch an unter anmeldung@sbl2013.de
Das wird ein sehr interessanter Abend, versprochen!

Termine

14.09.13	**08.30 Uhr**	**Infostände**
	11.00 Uhr	**Spatenstich THW Neuwied**
	19.30 Uhr	**„Die Brücke", Erpel**
15.09.13	**10.30 Uhr**	**Gottesdienst Wissen**
	12.45 Uhr	**Offenes Singen Oberbieber**
	13.45 Uhr	**Weinfest Melsbach**
	15.15 Uhr	**Weinfest Erpel**
16.09.13	**08.30 Uhr**	**Tag in der VG Puderbach**
	12.00 Uhr	**Realschule plus, Puderbach**
	19.30 Uhr	**Multimediaschau Reiner Meutsch**
17.09.13	**09.30 Uhr**	**Tag in der VG Hamm**
18.09.13	**09.30 Uhr**	**Tag in der VG Flammersfeld**
19.09.13	**09.00 Uhr**	**Tag in der Stadt Neuwied**
	18.00 Uhr	**Ruder-/Wassersportverein NR**
	19.00 Uhr	**SPD OV Gladbach**
20.09.13	**08.30 Uhr**	**Tag in der VG Betzdorf**
	18.00 Uhr	**Firmenlauf Innenstadt Betzdorf**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**